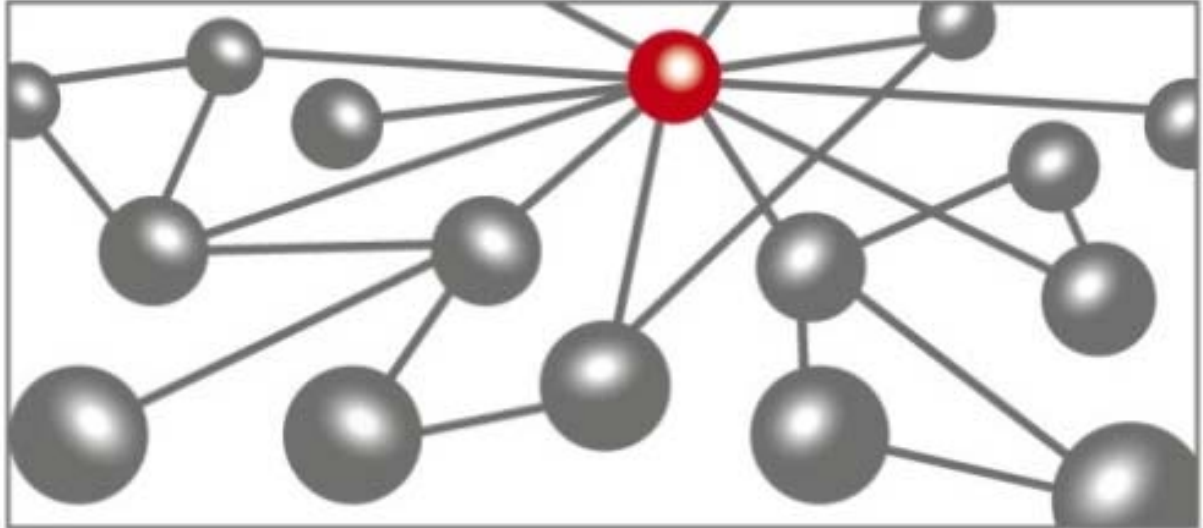


Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge



Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge der Zukunft:

Chancen der Digitalisierung nutzen

Freitag, 5. Mai 2017,

Piazzetta im Historischen Rathaus zu Köln

Dokumentation der Veranstaltung

Inhalt

Das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge.....	3
Programmatik zur Digitalisierung der Daseinsvorsorge	4
Wir haben folgende Ziele für die Digitalisierung in der Daseinsvorsorge	5
Wir garantieren Datensicherheit in der Daseinsvorsorge	6
Wir vertreten ethische Prinzipien bei der Digitalisierung in der Daseinsvorsorge	6
Wir fordern von der Politik	7
Rede von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der Jahrestagung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge am 05.05.2017, Historisches Rathaus zu Köln	8
Vorwort	11
Daseinsvorsorge der Zukunft: Chancen der Digitalisierung nutzen.....	13
Januskopf und Ambivalenzpotenziale der Digitalisierung im Lichte der kommunalen Daseinsvorsorge	13
Datenschutz: Schutz der Privatsphäre versus Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Welche Rolle spielt dabei die Politik?	14
Open Government und Open Data	16
Open Government	16
Open Data	18
Digitale Partizipation und Bürgernutzen in Zeiten von Web 2.0	19
Digitale Partizipation	19
Bürgernutzen	20
Unternehmen der Daseinsvorsorge und Arbeit im Zeichen der Digitalisierung.....	22
Sich Wandelnde Unternehmenskultur	22
Neue Arbeitswelt	23
Die Zukunft vernetzter Mobilität	25
Visionäre Mobilität	25
Die Vernetzung gestalten.....	27
Zusammenfassung Diskussionsergebnisse der Veranstaltung	28
Weiterführende Literatur und Links	30
Open Government und Open Data	30
E-Partizipation und Bürgernutzen.....	30

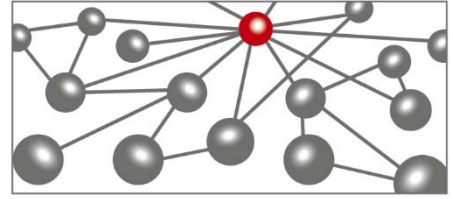
Das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge

Die Stadt Köln und die angrenzenden Städte und Kommunen verfügen über eine im europäischen Vergleich beachtliche Anzahl an bedeutenden internationalen politischen Organisationen und wirtschaftlichen Unternehmen, Verwaltungsbehörden, wissenschaftlichen Institutionen und kulturellen Einrichtungen. Die intelligente Verknüpfung dieser Ressourcen gilt es zu stärken, um das volle Potential als Wachstumsmotor in Deutschland und der EU zu entfalten.

Die kommunale Daseinsvorsorge spielt für die nachhaltige Entwicklung von Metropolregionen eine zentrale Rolle. Sie stellt die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Energie, Wasser, Verkehr, Entsorgung, Telekommunikation, Wohnraum und Sporteinrichtungen sicher. Darüber hinaus werden soziale, kulturelle, Gesundheits- und Erziehungsdienstleistungen, Bildungs-, Forschungs- und Verwaltungsdienstleistungen angeboten. Unternehmen der Daseinsvorsorge arbeiten im Interesse der Allgemeinheit und tragen dazu bei, dass sich Menschen sowie Unternehmen auf einer soliden Grundlage entwickeln können. Die kommunale Daseinsvorsorge ist somit ein essentieller Grundpfeiler für das tägliche Leben. Dies muss auch in Zukunft so bleiben, um nachhaltig die Infrastruktur für die Leistungsfähigkeit und Entwicklung von Menschen und Unternehmen in der Region zu sichern.

Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Daseinsvorsorge betreffen die Akteure auf kommunaler Ebene direkt und haben – je nach Ausgestaltung – erhebliche Auswirkungen auf gemeinwohlorientierte öffentliche Dienstleistungen. Durch die Wettbewerbsorientierung der EU geraten Unternehmen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge immer weiter unter Druck. Sie müssen sich zudem infolge politischer Weichenstellungen wie u.a. der Digitalisierung neuen Herausforderungen stellen. Diese sich kontinuierlich wandelnden Rahmenbedingungen erfordern neu definierte strategische Ziele und Prioritäten der Handlungsträger für die kommunale Daseinsvorsorge.

Das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge wurde im Juni 2012 gegründet. Es besteht aus Entscheidungsträgern der Stadt Köln, des Stadtwerke Köln Konzerns, der Universität zu Köln, der Fachhochschule Köln, der Caritas Köln, der Sparkasse KölnBonn, der Kreissparkasse Köln, der Kölner Bank, der Gewerkschaften (DGB /ver.di) und des Vereins Region Köln/Bonn e.V. Das Netzwerk setzt sich für die Daseinsvorsorge in Köln und Umgebung und damit für die Stärkung der Attraktivität und den Stellenwert der hiesigen Metropolregion ein. Angesichts des fortschreitenden Wandels der Rahmenbedingungen für die kommunale Daseinsvorsorge in der europäischen Gesetzgebung und Rechtsprechung versteht sich das Netzwerk vor allem als Impulsgeber für den europäischen Diskurs.



24.06.2016

Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge

Programmatik zur Digitalisierung der Daseinsvorsorge

Die Metropolregion Köln/Bonn ist Lebensraum für über drei Millionen Bürger/innen. In ihr sind die Menschen durch Handel, Dienstleistungen, Gewerbe, Kultur, Politik, Sport, Wissenschaft, Verkehr, Gesundheit oder Soziales in vielfältiger Weise miteinander vernetzt. Grundlage dieser Vernetzung ist eine funktionierende Daseinsvorsorge-Infrastruktur, bestehend z. B. aus

- ✓ einem leistungsfähigen Verkehrs- und Transportsystem,
- ✓ einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung,
- ✓ einer zuverlässigen und nachhaltigen Entsorgungsstruktur,
- ✓ dem Zugang zu Bildungseinrichtungen und Universitäten,
- ✓ modernsten Gesundheitseinrichtungen,
- ✓ einem großen Spektrum an Erwerbsmöglichkeiten,
- ✓ einem Angebot von sozialen Dienstleistungen für alle Lebenslagen,
- ✓ einem gut ausgebauten und leistungsfähigen Breitband- und Telekommunikationsnetz,
- ✓ einem breit gefächerten Kultur- und Sportangebot,
- ✓ leistungsstarken regionalen/städtischen Finanzdienstleistungen oder
- ✓ kompetenten und bürgernahen Verwaltungen.

Die Attraktivität der Metropolregion Köln/Bonn für Menschen, Unternehmen und Investoren ist neben dem Lebensgefühl ihrer Bewohner/innen vor allem von dem guten Funktionieren der genannten vernetzenden infrastrukturellen Daseinsvorsorgeeinrichtungen abhängig.

Diese gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen befinden sich in einem Wandel, der über die digitale Transformation den Zugang zu ihnen bzw. sogar die Art ihrer

Erbringung verändert, sie stärker miteinander und mit den Menschen verknüpft und so ganz neue Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten für die Metropolregion bietet.

Damit dieser Transformationsprozess die Urbanität der Region, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit ihrer Unternehmen, ihre Leistungsfähigkeit in Wissenschaft, Verwaltung und Technik, die Ausstrahlungskraft ihrer Kultureinrichtungen oder ihre Anziehungskraft für Unternehmen und Menschen aus kreativen Branchen steigert und gleichzeitig soziale Inklusion und nachhaltiges Wirtschaften befördert, setzt sich das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge für folgende Grundsätze hinsichtlich der Digitalisierung in der Metropolregion Köln/Bonn ein und vertieft dabei die Zusammenarbeit in der Region:

Wir haben folgende Ziele für die Digitalisierung in der Daseinsvorsorge

Die in dem Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge zusammengeschlossenen Akteure sind davon überzeugt, dass sich die digitale Vernetzung im nächsten Jahrzehnt zu einer Grundlage des gesellschaftlichen Wohlstands entwickeln und die Lebensbedingungen der Menschen, gerade mit Blick auf Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, deutlich verbessern wird. Wir wollen alles unternehmen, um unsere Angebote und Leistungen für die Menschen in der Region unter Nutzung der neuen digitalen Möglichkeiten zu optimieren.

Wir suchen den offenen Dialog über alle Branchen und Institutionen hinweg, um gemeinsam den technologischen Fortschritt und die digitale Transformation im Sinne der Metropolregion Köln/Bonn voranzubringen. Dabei wägen wir gesellschaftliche Chancen und Risiken gegeneinander ab.

Wir verstehen die digitale Vernetzung – ihre Nutzung und Entwicklung – als entscheidenden Standortfaktor für die Metropolregion Köln/Bonn.

Die Erbringer von Daseinsvorsorgeleistungen in der Metropolregion Köln/Bonn werden offen mit innovativen Kooperationspartnern zusammenarbeiten. Die digitale Steuerung der physischen, sozialen und sonstigen Netzinfrastrukturen verbleibt unter Regie der kommunalen Dienstleister. Dies ist vor allem eine Aufgabe für die einzelnen Verwaltungen, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, den Bürgerinnen und Bürgern/den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Nutzung ihrer Leistungen auf digitale Weise leicht zu machen.

Es ist angestrebt, die unterschiedlichen Angebote der Daseinsvorsorge – bspw. in Form einer noch zu entwickelnden Dienstleistungsplattform (z.B. basierend auf Koeln.de) - stärker miteinander zu verbinden, um über raum- und bereichsübergreifende Vernetzungen einen maximalen Bürger-/Verbraucher Mehrwert zu erzielen.

Im Sinne der Durchsetzung des Demokratieprinzips auf kommunaler Ebene soll verhindert werden, dass kommerzielle Anbieter von digitalen Aggregationsplattformen die Kontaktstellen zwischen den Erbringern und den Nutzern von Daseinsvorsorgeleistungen allein zur Gewinnmaximierung monopolisieren und dabei den Daseinsvorsorgeauftrag ggf. aus den Augen verlieren.

Die mit der Aggregation von Daten verbundenen verbesserten Analyse- und Prognosemöglichkeiten werden zielgerichtet zur Verbesserung des Daseinsvorsorge-Angebotes eingesetzt.

Bestehende technische und rechtliche Barrieren müssen überwunden und die Entwicklung neuer (digitaler) Dienstleistungen der Daseinsvorsorge vorangetrieben werden, ohne dass sich die Qualität der Daseinsvorsorgeleistungen negativ verändert oder die Datensicherheit gefährdet wird.

Die Daseinsvorsorgeleistungen in der Metropolregion Köln/Bonn müssen auf smarte Weise, also integrativ, hochgradig vernetzt, innovativ und effizient, bereitgestellt werden, um für die Bürgerinnen und Bürgern bzw. die Verbraucherinnen und Verbraucher attraktiv zu bleiben und einen höchstmöglichen gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren.

Wir garantieren Datensicherheit in der Daseinsvorsorge

Die in dem Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge zusammengeschlossenen Akteure garantieren eine sichere Datenhaltung bei der Dienstleistungserbringung.

Ohne die individuelle Zustimmung der Menschen und Unternehmen als Dateneigentümer werden Datensätze nicht an Dritte weitergegeben oder anderweitig genutzt.

Die Stadt Köln und die im Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge vertretenen Unternehmen stellen sichere Kanäle für die Informationsdienstleistungen zur Verfügung. Dazu gehört auch die Bereitstellung sicherer lokaler/regionaler Cloud-Computing-Möglichkeiten, über die wiederum die sichere Nutzung verschiedener Apps möglich wird.

Wir vertreten ethische Prinzipien bei der Digitalisierung in der Daseinsvorsorge

Die Bürger/innen müssen den digitalen Wandel in den Bereichen der Daseinsvorsorge sowie die Entwicklung zu Visionen einer smarten und innovativen Metropolregion im Sinne des bereits eingeschlagenen Weges zu Bürgerbeteiligung und einer guten Beteiligungskultur mitbestimmen können, indem bspw. ihre Wünsche und Anforderungen an die Digitalisierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge berücksichtigt werden.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung werden nicht nur dafür genutzt, die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Köln/Bonn zu verbessern, sondern mit dem Ziel sozialer Inklusion auch dafür, soziale Ungleichheiten abzubauen und mehr Chancengleichheit herbeizuführen.

Wir lassen Menschen, die nicht an digitalisierten Prozessen teilnehmen können, nicht allein, vielmehr wird sichergestellt, dass geeignete Alternativen für Teilhabemöglichkeiten dieser Menschen bereitstehen.

Wir fordern von der Politik

In Deutschland und Europa müssen kommunale/regionale Initiativen zur Digitalisierung der sozialen und physischen Infrastrukturen stärker unterstützt werden.

Es bedarf darüber hinaus einer flankierenden Gesetzgebung zur Förderung kommunal/regional vernetzter digitaler Vorhaben in der Daseinsvorsorge, die gleichzeitig der Abwehr von „Datenkraken“ dient, die lediglich aus kommerziellen Gründen Daten aggregieren, diese Daten außerhalb des Geltungsbereichs unserer Gesetze lagern, und deshalb demokratischer Kontrolle entzogen sind.

Dienstleistungen der Daseinsvorsorge müssen auch weiterhin - gerade unter durch die Digitalisierung veränderten Bedingungen - einem besonderen rechtlichen Schutz unterstellt sein. Die Menschen und die Unternehmen sind die treibenden Kräfte der digitalen Veränderung. Damit die Gesellschaft von diesen Kräften profitieren kann, sind stabile rechtliche und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen erforderlich.

Rede von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der Jahrestagung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge am 05.05.2017, Historisches Rathaus zu Köln

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath stellvertretend für Region Köln/Bonn e.V.
sehr geehrter Herr Professor Schulz-Nieswandt, sehr geehrter Herr Voss,
sehr geehrter Herr Dr. Steinkamp,
sehr geehrte Damen und Herren, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
sehr geehrte Landräte,
sehr geehrte Mitglieder des Landtages und der Stadträte und Gemeinderäte,
sehr geehrte Beigeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich der Einladung zur diesjährigen Fachveranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge gefolgt sind. „Daseinsvorsorge der Zukunft: Chancen der Digitalisierung nutzen“, so heißt unser heutiges Thema.

Es freut mich besonders, auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus der Region Köln/Bonn und der Metropolregion Rheinland begrüßen zu dürfen.

Wenn wir die kommunale Daseinsvorsorge unter den Bedingungen der Digitalisierung und Europäisierung bewahren und gestalten wollen, benötigen wir nämlich angepasste strategische Ziele und Prioritäten – auch und gerade im regionalen Maßstab.

In dieser Situation gilt umso mehr: Nur gemeinsam können wir die Qualität unserer Dienstleistungen kontinuierlich verbessern.

Und nur gemeinsam können wir unsere politische Schlagkraft gegenüber dem Land, dem Bund und vor allem gegenüber der Europäischen Union wirkungsvoll stärken.

Deshalb haben sich vor fünf Jahren unterschiedliche Akteure aus Verwaltung und Politik, kommunaler Wirtschaft und kommunalem Finanzwesen, Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden sowie Gewerkschaften über institutionelle und kommunale Grenzen hinweg im Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen.

Mit dem Netzwerk mischen wir uns ein in den europäischen Gesetzgebungsprozess.

Wir mischen uns auch ein in die öffentliche Debatte um das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Markt und Staat, und das parteilich für die kommunale Selbstverwaltung und unsere lokale Demokratie.

Vor allem aber wollen wir mit dem Netzwerk die Daseinsvorsorge als kommunale und regionale Exzellenz-Marke profilieren und zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln.

Die digitale Revolution ist der größte Umbruch, den wir seit der industriellen Revolution vor 200 Jahren in der Technik und Wirtschaft erleben. Sie umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, selbstverständlich auch die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren, Informationen beschaffen, Meinungen bilden und Entscheidungen treffen.

Traditionell hierarchische Strukturen werden durch netzwerkbasierter ergänzt und abgelöst. Dezentral verortete und miteinander vernetzte Einheiten treten an die Stelle klassischer Infrastrukturen im Großformat, zum Beispiel im Energiebereich.

Dass alles mit allem zusammenhängt, ist eine Plattitüde, die mit Smart-home-Technologien und vernetzten Mobilitätsdienstleistungen plötzlich reale Gestalt annimmt.

Im „System Stadt“ haben wir, wenn wir unsere Hausaufgaben ordentlich erledigt haben, diese Schnittstellen schon immer zusammengedacht. Mit der digitalen Revolution bietet sich uns jetzt die großartige Chance, die Strukturen sowohl in der kommunalen Verwaltung und Politik als auch die verschiedenen Sektoren der kommunalen Dienstleistungen noch stärker miteinander zu verknüpfen und so noch ressourceneffizienter und nachhaltiger und vor allem noch dialogischer, partizipativer und bürgernäher zu gestalten.

Wir stehen dabei vor hohen Investitionsbedarfen sowie Planungs- und Abschreibungshorizonten, die jenseits der Wahlzeiten einer Oberbürgermeisterin und eines Ratsmitglieds liegen. Auch aus diesem Grund benötigen wir eine Gesamtstrategie für die Stadt Köln, eine umfassende, tiefgreifende Verwaltungsreform sowie eine bürgerschaftliche Beteiligungskultur.

Was gestern Bodenschätze waren, sind heute in der digitalen Vernetzung aller Lebens- und Arbeitsbereiche Daten. Als „Konzern Stadt“ ist es unsere Aufgabe zu gestalten, wie aus Daten der beste Nutzen für die Allgemeinheit gestiftet wird.

Hier stehen wir vor der Frage, in welchem Maße wir das lukrative Geschäft der Verwertung dieser Daten privaten Konzernen überlassen, oder in welchen Bereichen wir dies selbst in die Hand nehmen.

Mit dem Konzept Internetstadt hat sich die Stadt Köln mit ihren städtischen Unternehmen klar für eine OpenData-Strategie entschieden. Sie ist die beste Garantie, um sowohl den Gemeinwohlaufrag zu wahren als auch ein Höchstmaß an Datenschutz zu gewährleisten. Offene Daten sind Gemeingüter und niemandes Privatbesitz. Sie sind Ausgangsmaterial für innovative, wertschöpfende Dienste und Produkte, die ihrerseits zu gemeinwohlorientierten Investitionen in datengesteuerten Sektoren anregen können.

Die Stadt Köln zählt zu den führenden deutschen Städten im Bereich OpenData und E-Government. Trotzdem stehen wir vielfach noch am Beginn der großen Veränderungen, die mit der Digitalisierung der Verwaltung und der kommunalen Dienstleistungen einhergehen.

Im Rahmen des EU-Projekts GrowSmarter entwickeln wir zurzeit zum Beispiel zusammen mit den Städten Stockholm und Barcelona sowie mit kommunalen und privaten Unternehmen neue, energieeffiziente Technologien im Bereich der städtischen Mobilität und des Klimaschutzes.

Das Projekt ist ein Paradebeispiel dafür, dass die großen Aufgaben, vor denen wir Städte in Europa stehen, nur in der engen Zusammenarbeit der verschiedenen Sektoren gelöst werden können. Es zeigt auch, wie unterschiedlich und bisweilen schwerfällig unsere jeweiligen Betriebs- und Verwaltungskulturen sind und wie wenig selbstverständlich die allseits gewollte Zusammenarbeit im konkreten Tun noch immer ist.

Digitalisierung der Daseinsvorsorge heißt auch, dass wir diesbezüglich besser werden müssen. Mit dem am 24. Juni 2016 verabschiedeten Positionspapier „Digitalisierung der Daseinsvorsorge“ hat das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge Ziele und Grundsätze formuliert, mit denen die im Netzwerk zusammengeschlossenen Akteure den Transformationsprozess in der Metropolregion gestalten wollen.

Wir sind davon überzeugt, dass sich die digitale, demokratisch und partizipativ gestaltete Vernetzung zu einer Grundlage des gesellschaftlichen Wohlstands entwickeln und die Lebensbedingungen unserer Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessern wird, auch und gerade mit Blick auf kommunale Dienstleistungen. Soziale Inklusion, gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerbeteiligung sind dabei die wichtigsten Maximen.

Wie gut und schnell wir mit der digitalen Vernetzung vorankommen, wird maßgeblich mit darüber entscheiden, wie wettbewerbsfähig unsere Metropolregion in Europa und weltweit sein wird.

Datenschutz und Datensicherheit zu garantieren, ist Selbstverpflichtung und selbstverständliches Gebot.

Die digitale Transformation unserer kommunalen Verwaltungen und Infrastrukturen setzt Investitionen voraus, bei denen wir zwingend auf die Unterstützung des Landes, des Bundes und der EU angewiesen sind. Der Investitionsstau zeigt sich nicht nur in den zu Recht beklagten Schlaglöchern auf unseren Straßen, dringend sanierungsbedürftigen Schulen und Brücken, sondern auch im unzureichenden Ausbau der digitalen Netze.

Last but not least benötigen wir einen besseren rechtlichen Schutz für die kommunale Daseinsvorsorge. Zu welchen ökologischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden falsche rechtliche Rahmenbedingungen führen, erleben wir gerade in der Debatte um die Schadstoffemissionen des städtischen Verkehrs.

Statt rechtliche Anreize für den Bau schadstoffarmer und am besten schadstofffreier Autos zu schaffen, haben die Gesetzgeber auf Bundes- und EU-Ebene zu lange auf alte Technologien gesetzt und Manipulationen Tür und Tor geöffnet. Was wir stattdessen brauchen, sind rechtliche Rahmenbedingungen, die in die Zukunft gerichtet sind.

Meine Damen und Herren,

ich bin fest davon überzeugt: Wir europäischen Städte sind die Labore, in denen diese Zukunft tagtäglich entworfen und gestaltet wird.

Ich wünsche uns viele interessante Diskussionen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

Vorwort

Aufgrund des digitalen Wandels werden bestehende Gesellschafts-, Geschäfts- und Unternehmensmodelle mit hoher Geschwindigkeit auf den Prüfstand gestellt und verändern sich. Auch Bürgerinnen und Bürger stellen dabei neue Anforderungen an Kommunen und kommunale Unternehmen, indem sie Angebote und Dienstleistungen digital und in Form von Apps einfordern. Als Mitgestalter der Digitalisierung ergeben sich aus dieser Entwicklung gerade für Kommunen, kommunale Unternehmen und Dienstleister der Daseinsvorsorge vielfältige neue Chancen und Herausforderungen.

Auf Einladung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge trafen sich daher im Mai 2017 rund 120 Vertreter der kommunalen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Wohlfahrt und Kultur aus Köln und der Region, um über mögliche Chancen und Auswirkungen der Digitalisierung zu diskutieren. Als Grundlage der Diskussion diente unter anderem das am 24. Juni 2016 verabschiedeten Positionspapier „Digitalisierung der Daseinsvorsorge“, in dem das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge bereits Ziele und Grundsätze formuliert hatte, mit denen die im Netzwerk zusammengeschlossenen Akteure den Transformationsprozess in der Metropolregion gestalten wollen.

Die große Resonanz auf die Veranstaltung und die zahlreichen Einbringungen zeigen, wie hoch das Interesse unter den hier tätigen Unternehmen und Organisationen ist. Dabei ist die Relevanz einer fundierten Auseinandersetzung und einer eigenständigen Positionierung zum digitalen Wandel deutlich geworden.

Die vorliegende Dokumentation stellt eine Zusammenstellung der vorgenannten Beiträge dar. Das Netzwerk hat aus den Diskussionspunkten der Veranstaltung gesellschaftliche und politische Forderungen abgeleitet, die am Ende der Dokumentation nachzulesen sind. Es war dem Netzwerk dabei ein wichtiges Anliegen, einen ersten sachkundigen Beitrag für eine weiterzuführende Diskussion zu leisten.

Die Dokumentation umfasst sowohl Ausführungen zu verwaltungsspezifischen Aspekten als auch Konkretisierungen zu den Bereichen, Bürgerbeteiligung, Unternehmenskultur, Arbeitswelt und öffentlicher Nahverkehr. Der Fokus liegt dabei vorrangig auf Vernetzungsmöglichkeiten aller Lebens- und Unternehmensbereiche. Kommunen und kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge eröffnen sich neue Potenziale in der Datenerhebung und -nutzung. Für diese Daten bedarf es eines einheitlichen Konzepts, das dem Schutz der Verbraucherinteressen ausreichend Rechnung trägt.

Obwohl die Umsetzung digitaler Anforderungen die Aufgabe der Unternehmen und Organisationen ist, wird der Gesetzgeber entscheiden müssen, wie er Vor- und Nachteile der digitalen Transformation gesetzlich ausgleicht. Schlussendlich bleibt zu hoffen, dass bei der Umsetzung der Digitalisierung stärkere Rücksicht auf die Belange der kommunalen Daseinsvorsorge genommen wird. Das Kölner Netzwerk möchte mit der vorliegenden Dokumentation einen Beitrag zur Verdeutlichung dieser Belange leisten.

Daseinsvorsorge der Zukunft: Chancen der Digitalisierung nutzen¹

Digitalisierung verändert die bestehenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen und hat damit Auswirkungen auf Dienstleister der Daseinsvorsorge, Städte, Kommunen und kommunale Unternehmen. Diese müssen sich der Herausforderung stellen, unter veränderten gesellschaftlichen und strukturellen Bedingungen, ihrem Selbstverständnis und ihrem originären Auftrag gerecht zu werden.

Bisherige Gesellschafts-, Geschäfts- und Unternehmensmodelle werden von innovativen Erneuerungen abgelöst und teilweise vollständig verdrängt. Dabei werden neue wirtschaftliche Möglichkeiten geschaffen. Die Digitalisierung ist alternativlos. Gerade für Kommunen, kommunale Unternehmen und Dienstleister der Daseinsvorsorge ergeben sich daraus vielfältige neue Aufgaben, Chancen und Herausforderungen.

Januskopf und Ambivalenzpotenziale der Digitalisierung im Lichte der kommunalen Daseinsvorsorge

Dienstleister der Daseinsvorsorge bieten den Menschen eine Infrastruktur für die Alltagsbewältigung. Im Zuge der Digitalisierung entstehen viele Neuerungen, die jedoch polyvalent bleiben. Dabei muss geklärt werden, wie sich die Anatomie und die Mechanismen des dominant kapitalistischen Gefüges von Produktionsweise, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verändern. Neue Produkte wie z.B. die E-Health Karte, das neue Bildungsverhalten und die Erwerbsarbeit, bringen Vor- und Nachteile mit sich. So ist ein Merkmal der veränderten Erwerbsarbeit die ständige Erreichbarkeit. Dies kann sowohl zu Arbeitsentlastung führen als auch zu einer Arbeitsverdichtung und Beschleunigung der allgemeinen Stresssituation. Für viele Menschen ergeben sich daraus neue psychische Probleme und ein sich intensivierender Druck auf das Selbstmanagement.

Die Entwicklung des zivilisierten Menschen kann in diesem Zusammenhang in historischen Schüben betrachtet werden. Bereits aus der Sage des Prometheus lässt sich schließen, dass der Mensch den Drang hat, seine Kenntnisse und Fähigkeiten zu erweitern und zu perfektionieren. Oftmals werden dabei allerdings nachteilige Auswirkungen missachtet, bis der Mensch wieder an seine gestalterischen und humanen Grenzen stößt.

Neben der ökologischen und multikulturellen Bildung wird zunehmend die digitale Bildung wichtiger, die schon jetzt über Basiskompetenzen hinausgehen muss. Doch selbst mit neuen Fertigkeiten und Vorteilen darf die Entwicklung zweier Krisen nicht außeracht gelassen werden,

¹ Dieses Kapitel basiert auf den Vorträgen von Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt (Januskopf und Ambivalenzpotentiale der Digitalisierung im Lichte der kommunalen Daseinsvorsorge) und Axel Voss, MdEP (Datenschutz) bei der Veranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge am 05. Mai 2017 im Historischen Rathaus zu Köln.

welche die Qualität und Humanität der Arbeit betreffen. Die Digitalisierung weist hier eine Aktualität der Dialektik der Aufklärung auf: Ist das bereits veränderte Lese- und Kommunikationsverhalten (twitter statt langer Zeitungsartikel, facebook-Kommentare statt Gespräche) als positive Entwicklung hinsichtlich des Erfassens einer höheren Informationsdichte durch Komplexitätsreduktion zu bewerten, oder eher als Rationalisierungssteigerung von Kommunikation, Leistungsbeeinträchtigung und damit einhergehendem Vertrauensverlust?

Zum einem droht eine Krise der Arbeitslosigkeit und zum anderen eine Krise der Arbeitsqualität. So entsteht ein Bezug zu den literarischen Werken von Paul Lafargues „*Recht auf Faulheit*“ (1880) und Theodor W. Adorno und Max Horkheimer „*Kulturindustrie- Aufklärung als Massenbetrug*“ (um 1947). Der Fortschritt in der Technik führe zu einer Bemessung der Kultur nach ihrer Wirtschaftlichkeit. Dies betrifft auch die Arbeitskultur, welcher Wettbewerb und Optimierungsprozesse entgegenstehen.

Dennoch, auch wenn die Bevormundung des Bürgers zunimmt, führt kein Weg an der Digitalisierung vorbei. Der vorgetragene Lösungsansatz versucht Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Digitalisierung der Daseinsvorsorge ohne Verlust von Qualität und Individualität erfolgen könnte. Dies schließt den Kreis zum präsentierten Verständnis der Daseinsvorsorge: Unternehmensansicht der Achtsamkeit und eine Stärkung der lokalen Demokratie, denn Demokratie lebt von dem agonalen Austausch der Ideen.

Datenschutz: Schutz der Privatsphäre versus Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Welche Rolle spielt dabei die Politik?

Immer mehr Objekte sind mit dem Internet vernetzt. Das Ziel ist eine Optimierung der Verifizierung und Kontrolle in Echtzeit. Zeitgleich steigern selbstlernende Algorithmen in Verbindung mit Maschinen das Potenzial. Die digitale Transformation bringt einen schnelleren Wettbewerb und bedeutet eine Optimierung des Handelns, der Produkte und des täglichen Lebens. Ihre Vorteile sind die Kostenreduktion, die Ressourceneinsparung, das Knüpfen neuer soziale Kontakte und Teilen des Wachstums.

Verschiedene Applikationen erleichtern das Leben und sind für einige Mitmenschen unverzichtbar geworden. Beispiele sind Applikationen für: Kalender, Bankkonten und Interessen. Auch weitere Entwicklungen im Bereich des holographischen Telefonierens und telepathischer Übermittlung sind nicht mehr auszuschließen. Es gilt das Konzept „Big Data“: Je mehr Daten desto besser. Das Löschen dieser Daten ist gleichbedeutend mit dem Entsorgen von Ressourcen. Dennoch gibt es ein Recht auf Vergessen.

Durch den Einfluss der Datenanalyse von Persönlichkeiten entstehen jedoch auch Gefahren. Ein Gefahrenpotenzial besteht in der Entmündigung des Bürgers und des Verlusts der Privatsphäre, die sich durch die Nutzung der datenbasierten Dienste ergeben. Wenn zukünftig mehr Emotionen erfasst werden, riskiert man auch die Digitalisierung der menschlichen Seele und die Dechiffrierung der Persönlichkeit.

Zum anderen könnten diese personenbezogenen Daten zu einem späteren Zeitpunkt Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit oder den Jobwechsel haben. Gleichzeitig entsteht teilweise Misstrauen, wenn die Aktivität in sozialen Medien fehlt.

Darüber hinaus sind z.B. durch 3D-Druck digitale Vorlagen nicht kontrollierbar und verkomplizieren bspw. Drogen- und Waffenkontrollen.

Der Zeitpunkt ist gekommen, an dem sich neben den nationalen und europäischen Gesetzgebern Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft etc. mit Datenschutz und Schutz der Privatsphäre beschäftigen müssen. Das Datenschutzverständnis vieler Wirtschaftsakteure und „user“ ist noch nicht auf heutige Anforderungen abgestimmt.

Denn heute können aus Daten weit mehr Dinge abgeleitet werden als noch in den 80er Jahren. Eine rein rechtliche Datenminimierung ist heute nicht mehr zeitgemäß. Der Gesetzgeber ist regional, national und europäisch tätig, aber Daten sind global aktiv. So ist es z.B. schwierig, globale Medien in nationale Gesetzgebung einzubinden. Des Weiteren werden einheitliche Definitionen erschwert, da diese über 1000 jetzige und zukünftige Geschäftsmodelle umfassen müssen.

Auch die Daseinsvorsorge steht vor der Herausforderung, ihre Netze abzusichern, Authentifizierung sicherzustellen und Cyberattacken abzuwehren. Das Vertrauen muss in die Bürgerschaft hineingetragen werden. Schlussfolgernd wird die Digitalisierung kommen und der synthetische Bürger wird Realität werden. Möglicherweise werden sich demokratische Strukturen verändern müssen und irgendwann könnte das Rechtsstaatsprinzip gegen das Demokratieprinzip stehen. Umso mehr müssen sich die Gesellschaft und der Gesetzgeber um den Schutz der Privatsphäre und sichere Daten bemühen und jetzt valide und nachhaltige Konzepte dafür erarbeiten.

Open Government und Open Data²

Im Rahmen der *Open Government Partnership* (OGP) wird seit einiger Zeit weltweit auf mehreren Ebenen und in der Bundesrepublik Deutschland versucht, das System der Good Governance aufzubauen. Dabei ist das oberste Ziel, dass sich die Gesellschaften auf Grundlage von Transparenz und Verantwortung mit den Regierungssystemen identifizieren können. Diese Organisations- und Verwaltungsmodernisierung benötigt ein konstruktives Miteinander und baut auf die Konzepte von Open Government und Open Data; doch bieten diese auch eine neue Welt für engagierte Bürger?

Open Government

Das erste Forum behandelte die Themen Open Data und Open Government, die sich dem Bereich der Good Governance zuordnen lassen. Good Governance ist eine Vorgabe, der sich die Regierungen der Welt seit einiger Zeit stellen (müssen). Es gibt verschiedene Stränge, in denen dies global und europäisch aufgearbeitet wird. Das oberste Ziel dabei ist es, sich gesellschaftlich zu öffnen und mit Transparenz und Verantwortlichkeit ein Regierungssystem zu schaffen, mit dem sich möglichst viele identifizieren können, weil es sachkundig, belastbar und informativ ist. Im Dezember 2016 ist die Bundesregierung für Deutschland der Open Government Partnership (OGP) beigetreten. Die Federführung dafür liegt beim Bundesinnenministerium in der Abteilung für Organisations- und Verwaltungsmodernisierung. Der Beitritt Deutschlands zur OGP wurde durch einen Bundesratsbeschluss bestärkt. Durch den Beitritt ergeben sich keine formalen Verpflichtungen, jedoch wird von allen beigetretenen Staaten erwartet, alle zwei Jahre einen Aktionsplan zu erstellen, der konkrete Schritte vorsieht. Damit soll der ernsthafte Wille bekundet werden, dass tatsächlich Maßnahmen der Mitglieder eingeleitet werden. Der erste Aktionsplan Deutschlands wurde bis Juni 2017 aus organisatorischen Gründen allein auf Regierungsebene entwickelt. In die Erstellung des zweiten Aktionsplans (bis 2019) sollen die Länder und Kommunen als Hauptträger der Verwaltung aber aktiv einbezogen werden. Diese Aktionspläne werden extern durch die Staatengemeinschaft der OGP evaluiert, um die Ernsthaftigkeit der Pläne zu dokumentieren.

² Dieses Kapitel gibt die Diskussion in Forum 1 „Digitalisierung und Open Government Partnership – Neue Welt für engagierte Bürger?“ wieder. Moderation: Gabriele C. Krug, Kämmerin der Stadt Köln / Impulsvortrag: Ministerialdirektorin Beate Lohmann, Abteilungsleiterin Verwaltungsmodernisation im BMI / Praxisbeispiel: Arne Semsrott, Open Knowledge Foundation

Mit der zunehmenden Digitalisierung werden auch in der Verwaltungsarbeit immer mehr Daten gesammelt. Es stellt sich also zunehmend die Frage, was mit diesen Daten geschieht. Die Antwort auf die Frage, wem die Daten gehören, ist bisher nicht abschließend geklärt.

Offenes Regierungshandeln will durch mehr Transparenz den Entwicklungen und Bedürfnissen der Bürger gerecht werden. Mehr Transparenz zu schaffen ist jedoch kein Selbstzweck. Das Ziel liegt darin, zu einer besseren Verwaltung und zu einem besseren Dienst am Gemeinwohl zu gelangen. Künftig sollen nicht nur die Verwaltungen Einblick in Daten haben, sondern auch die Bürger selbst. Die Verwaltungs- und Organisationsmodernisierung steht vor zwei großen Herausforderungen. Erstens müssen Verwaltungsmitarbeiter ausreichend geschult werden, um die geforderten Maßnahmen umsetzen zu können. Dies verursacht unter Umständen einen hohen Kostenaufwand, der aber dadurch kompensiert wird, dass durch Digitalisierung Ressourcen an anderen Stellen frei werden.

Eine zweite Herausforderung ergibt sich vor allem in Deutschland aus dem deutschen Mehrebenensystem (dem Föderalismus), verstärkt durch unterschiedliche Ressortzuständigkeiten. Datenflüsse sind hier durch das politische System mit Grenzen konfrontiert. Um dem entgegenzuwirken, müssen die Maßnahmen zentral geplant und gesteuert werden. Eine allumfassende Open Government-Strategie ist jedoch nur möglich, wenn der Bund, die Länder und die Kommunen gemeinsam Daten zur Verfügung stellen und sich untereinander abstimmen. Die nationale E-government-Strategie ist dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung, und die Stadt Köln zählt zu den führenden deutschen Städten im Bereich OpenData und E-Government. Allerdings klang in der Diskussion die Skepsis darüber durch, dass es für eine gelungene Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Open Data und Open Government einen Kulturwandel im Verwaltungsdenken geben müsse. Bisher sei die Verwaltung sehr stark segmentiert und befinde sich in einem intensiven internen Wettbewerb. Die Aktionspläne im Rahmen der OGP und die damit verbundenen Maßnahmen seien somit eine große Herausforderung für kommunale Verwaltungen.

Es bestehe keine offene Fehlerkultur in der Verwaltung und durch mehr Transparenz würden auch Selbstkontrollmechanismen gestärkt. Trotzdem muss das gemeinsame Ziel sein, zu einer besseren Verwaltung und zu einem besseren Dienst am Gemeinwohl zu gelangen.

Open Data

Im Alltag von Verwaltungen laufen zahlreiche Prozesse ab, die nicht zu gleichen Teilen für die Bürger interessant sind, da es sich um individuelle Vorgänge handelt. Gewisse Verfahren und Daten sind jedoch in einem aggregierten Zustand interessant und wichtig für die Öffentlichkeit. Das heißt, dass die Masse an Rohdaten aufbereitet werden muss, allerdings ohne Rückschlüsse auf individuelle Personen zuzulassen (personenbezogene Daten). Die Devise lautet: „Personenbezogene Daten schützen, öffentliche Daten nutzen.“

Gleichwohl wurden Potentiale gesehen, Bürger im Rahmen von Open Government in Planungsvorhaben einzubeziehen. Die Expertise der Bürger soll auf dem Weg dazu einbezogen werden, Entscheidungen sollen besser erklärt, neue Sachverhalte verständlich dargestellt und bspw. Transparenz über Haushaltsdaten hergestellt werden.

Die Grundlage für ein Datenökosystem und Rechtssicherheit bietet das Gesetz zu E-Government, welches besagt, dass im Grundsatz alle Daten offen sind. Ausnahmen bilden lediglich der Datenschutz oder die öffentliche Sicherheit. Das Paradigma lautet „open by default“. Dennoch bleibt die Gefahr der Manipulation und Verfälschung von Daten bestehen. Jedoch haftet der Staat nicht für fehlerhafte Daten und zum anderen stärken offene Daten die Glaubwürdigkeit. Darüber hinaus bieten Datenflüsse und erhobene Daten verbesserte Möglichkeiten für die Zukunftsplanung und sogar zur Entwicklung neuer Dienstleistungsmodelle für Bürgerinnen und Bürger. Die Frage nach Eigentumsrechten und Wertschöpfung aus kostenlosen Verwaltungsdaten ist vom Gesetzgeber noch nicht abschließend geklärt worden.

Open Data und Open Government werden zu strategischen Instrumenten, welche durch Transparenz die Kontrollmechanismen stärken und Verwaltungen zukunftstauglich machen. Der langwierige Prozess stellt für Verwaltungen einen Kulturwandel dar. Verwaltungshandelnde müssen sich ggf. stärker rechtfertigen. Umso wichtiger ist eine Miteinbeziehung der Verwaltungsmitarbeiter in den Transformationsprozess. Der erste Schritt dafür wäre die interne Öffnung und interne Vernetzung der Verwaltung. Durch Open Data steht aber auch die Zivilgesellschaft vor neuen Herausforderungen. Sie müsste ihre Beteiligung (neu) strukturieren und organisieren, um zu gemeinsamen Entscheidungen beizutragen. So bieten Open Government und Open Data die Chance für neue staatliche Strukturen, die Berücksichtigung des Datenschutzes und auch für neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Digitale Partizipation und Bürgernutzen in Zeiten von Web 2.0³

Mitbestimmung und Partizipation sind von jeher große politische Themen gewesen. Durch die Digitalisierung wird dieses Spektrum erweitert, bspw. durch Onlineproteste oder Beteiligungsplattformen. Insbesondere in Zeiten von Populismus und dessen Verbreitung durch digitale Medien ist Bürgerpartizipation jedoch nach wie vor relevant und dringlich. Die Partizipation von Bürgern an politischen Prozessen mit Hilfe von Informationstechnologie („E-Partizipation“) stellt demnach nur eine Beteiligungsmöglichkeit unter vielen dar und kann wiederum viele Formen annehmen.

Digitale Partizipation

Durch E-Partizipation können Kosten eingespart, Prozesse effizienter gestaltet und Bürokratieabbau für Bürger sichtbarer gemacht werden. Sowohl Verwaltungen als auch Bürger sehen hierin aber vor allem die Chance, vermehrt auf Bürgerinteressen eingehen zu können und die Legitimität von politischen Entscheidungen zu erhöhen. Die Bereitstellung sowohl von Online- als auch Offline-Angeboten bleibt jedoch weiterhin relevant, so dass Kosteneinsparungen durch die Dopplung von Strukturen womöglich nivelliert werden.

Digitale Partizipation bedeutet, Eigeninitiative von Bürgern durch offene Verwaltungsdaten zu ermöglichen und zu fördern. Bürger können so einen Nutzen für die Allgemeinheit stiften, der sich durch Aktionen und Förderung von Programmier Nachwuchs oft bewährt hat. Grundvoraussetzung sind die Teilhabe aller Gesellschaftsschichten und ein Kulturwandel in der Verwaltung sowie die Steuerung digitaler Phänomene wie „shitstorms“ und „social bots“. Wichtig ist auch, dass digitale Partizipation nicht zum Selbstzweck wird. Andernfalls entsteht ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn Bürgerwünsche nicht umgesetzt werden. Transparenz über die Machbarkeit von Projekten ist daher eine notwendige Voraussetzung.

3 Dieses Kapitel gibt die Diskussion in Forum 2 „Digitale Partizipation und Bürgernutzen: Wie verbindet man bestehende demokratische Strukturen mit den Erwartungen an Beteiligung, die durch die Möglichkeiten von Web 2.0 entstanden sind?“ wieder. Moderation: Rainer Plaßmann, Abteilungsleiter Personal und Organisation sowie Stabsstelle Daseinsvorsorge, Stadtwerke Köln GmbH / Impulsvortrag: Prof. Dr. Daniel Buhr, Eberhardt-Karls-Universität Tübingen / Praxisbeispiele: Sabine Möwes, Leiterin E-Government und Online-Dienste der Stadt Köln

Neben dem Thema Datenschutz stellt die digitale Kluft ein großes Risiko für eine gelingende E-Partizipation dar. Die gesellschaftliche Schichtung, die sich im Partizipationsverhalten widerspiegelt, hat sich nicht signifikant verändert. Partizipation findet vor allem in Mittel- und Oberschichten statt. Diese Relevanz mit Bezug auf die Daseinsvorsorge verschärft sich durch die digitale Leistungsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich. Im *Digital Economy and Society Index* (DESI) der Europäischen Kommission belegt Deutschland im Jahr 2017 nur einen Platz im Mittelfeld.

Bürger nutzen

Die digitale Partizipation ist ein Baustein auf dem Weg von der Bürgerkommune hin zur smarten Kommune. Bürger sind Dialogpartner, Hinweisgeber, Resonanzgeber, Ideengeber, aber auch Datenlieferanten und Mit-Produzenten. Entsprechend unterschiedliche E-Partizipationsportale werden gebraucht, um diese Potentiale auszuschöpfen, wie bspw. ein Online-Meldesystem, um die Stadtverwaltung über Probleme im Stadtbild zu informieren, die Bearbeitungen zu verfolgen oder den Besuch im Kundenzentrum zu evaluieren.

Offene Daten der Stadt Köln wurden bspw. bereits im Rahmen der Veranstaltung „Jugend hackt“ erfolgreich genutzt. Im Rahmen des Programms der *Open Knowledge Foundation Deutschland* und *mediale pfade* zur Förderung von Programmier Nachwuchs hatten teilnehmende Jugendliche auf diese Weise ihre Idee einer App für Geflüchtete umgesetzt, die zur offiziellen Willkommens-App in Nordrhein-Westfalen wurde.⁴

Während bei Bürgerhaushalten eine geringe Beteiligungsrate verzeichnet wird, ist der Wunsch nach mehr Partizipationsmöglichkeiten in den meisten Lebenswelten vorhanden. Das individuelle Partizipationsverhalten ist jedoch sehr heterogen und findet bisher kaum online statt. Die Online-Partizipation muss diese individuellen Lebenswelten erreichen und gut zugänglich, transparent, umsetzbar und in politisch-administrative Prozesse integriert sein. Nur so kann Bürgernähe entstehen.

Die Akzeptanz von Onlinetools in der Verwaltung ist eine notwendige Bedingung für erfolgreiche E-Partizipation. Die Mitarbeiter sollten regelmäßig und über Hierarchien hinweg geschult werden, damit ein langsamer Kulturwandel herbeigeführt werden kann. In der E-Partizipation geht es nicht

4 <https://jugendhackt.org/?s=germany+says+welcome>

nur um Kommunikation und Legitimation von Entscheidungen gegenüber Bürgern, sondern auch darum, diese an Planungsprozessen zu beteiligen, um eine Qualitätsverbesserung zu erreichen.

Hierbei besteht eine weitere Herausforderung in der Zusammenführung unterschiedlicher Ideen und Lebenswelten von Bürgern. Onlinepartizipation zieht auch Onlinediskussionen nach sich. Damit sich nicht einseitige Meinungsbilder auf die Politik auswirken, müssen solche Diskussionen moderiert werden. Zum einen benötigt eine effektive Moderation zusätzliche Ressourcen, zum anderen ist es sinnvoll, Onlinepartizipation nur über eigene Portale abzuwickeln, für die eine Anmeldung mit E-Mail-Adresse notwendig ist, um eine kleine Hürde einzurichten.

Schlussendlich hat digitale Partizipation anders als bspw. öffentliche Ratssitzungen das Potential, zeitunabhängig unterschiedliche Gruppen anzusprechen und Bürger zu erreichen, die an der Mitgestaltung ihrer Stadt interessiert sind und Ideen einbringen, auch wenn sie nicht unmittelbar von einzelnen Entscheidungen betroffen sind. Hierdurch kann ein differenziertes Meinungsbild eingeholt und der Ideenpool ausgeschöpft werden. Herkömmliche (offline) Beteiligung ist dadurch aber nicht überholt.

Unternehmen der Daseinsvorsorge und Arbeit im Zeichen der Digitalisierung⁵

In Zeiten der Digitalisierung stehen Unternehmen einer veränderten Konsumentenhaltung und der damit verbundenen Informationsmacht der Kunden durch das Internet gegenüber. Ein Großteil an Kunden informiert sich vorab über Produkte im Internet. Hieraus ergeben sich neue Anforderungen für die Entwicklung neuer Unternehmensstrategien und Unternehmensprozesse. Zentraler Diskussionsgegenstand waren somit die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Strukturen, Prozesse und Produkte der Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge sowie auf die Arbeitswelt und -weise der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Sich Wandelnde Unternehmenskultur

Eine aus dieser Entwicklung resultierende Fragestellung ist der Umgang mit der Virtualisierung von Dienstleistungen und dem nach wie vor bestehendem Bedarf an persönlichen Beratungsgesprächen. Es müssen neue Zugangswege für die Kunden und Mitarbeiter bei diesem Transformationsprozess bereitgestellt werden, welche sie an neue Formen der Kommunikation, bspw. die Nutzung von Videochats für Beratungsgespräche, heranführt. Dieser Transformationsprozess erfordert eine enge Begleitung und Betreuung der Mitarbeiter, die sich dieser neuen Arbeitsform und -umgebung stellen müssen, was oft mit Ängsten einhergeht.

Um angemessen auf die Herausforderungen der Digitalisierung reagieren zu können, empfiehlt sich eine gemeinwohlorientierte digitale Agenda für jedes Unternehmen. Diese sollte sich auf Cluster wie bspw. digitale Mindeststandards, digitale Musterunternehmen, eine flexible Mitarbeiterstruktur und ein digitales Ökosystem fokussieren. Dazu zählt auch die in vielen Unternehmen erfolgreiche Arbeit mit Social Media und die Verwendung von Kundendaten für Beratungszwecke unter Berücksichtigung des Datenschutzes.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass Mitarbeiter auch die Rolle der Konsumenten einnehmen und somit die digitale Innovation durch technologische Massenprodukte vorantreiben und im Sinne des „pervasive computing“ Transparenz schaffen. Dies bedeutet, dass durch die allumfassende digitale Vernetzung sowohl im privaten als auch im beruflichen Umfeld

⁵ Dieses Kapitel gibt die Diskussion in Forum 3 „Unternehmen der Daseinsvorsorge im Zeichen der Digitalisierung – Arbeit 4.0“ wieder. Moderation: Dr. Dieter Steinkamp, Sprecher der Geschäftsführung der Stadtwerke Köln GmbH / Impulsvortrag: Stefan Roesler, Vorsitzender der Geschäftsführung der auf Kommunikation und digitale Services spezialisierten Sparkassen-Finanzportal GmbH / Praxisbeispiele: Jürgen Becker, stellvertretender Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln (AöR)

Datenspuren von Nutzern hinterlassen werden, welche auch anderweitig als in ihrem ursprünglichen Sinn, bspw. für Werbezwecke oder Recruiting, verwendet werden könnten.

Neue Arbeitswelt

Aus der umfassenden Vernetzung ergeben sich Konsequenzen für die Rahmenbedingungen der Arbeitswelt: Zum einen kommt es zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die zunehmend von den Arbeitnehmern und deren Verhalten bestimmt werden. So ergeben sich aus der Nachfrage nach permanent verfügbaren Dienstleistungen neue Arbeitsformen, damit diese Dienstleistungen erbracht werden können. Zum anderen ist das Thema Gesundheit innerhalb des Kontextes der Digitalisierung in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Neben sich verändernden Gesundheitsproblemen, die durch die Tätigkeiten der „digitalisierten“ Berufe hervorgerufen werden (hauptsächlich Tätigkeiten am Schreibtisch, Bewegungsmangel), stellt sich die Frage ob und inwiefern die Gesundheitsdaten, die bspw. durch Wearables aufgezeichnet werden, an den Arbeitgeber weitergegeben und von diesem anderweitig verwendet werden könnten.

Mit dem Wegfall von Berufsbildern durch den Einsatz künstlicher Intelligenz, der umgreifenden Digitalisierung des Berufsalltags und wegen der „Robotisierung“ in den Fertigungsunternehmen ist eine veränderte Ausbildung der Mitarbeiter mit erweiterten Fähigkeiten gefordert. Mitarbeiter aller Generationen sollten zusammengeführt und ihr Wissen verbunden werden, damit neue Konzepte, Arbeitsweisen und digitale Innovationen entstehen. Jüngere Mitarbeiter bringen digitales Erfahrungswissen ein, während ältere Mitarbeiter z.B. ihr Verständnis für betriebswirtschaftliche Prozesse und ihre Berufserfahrung zusteuern könnten. Für die Neuausrichtung der Unternehmensprozesse muss Akzeptanz und Offenheit zwischen den Mitarbeitern geschaffen werden.

Als Resultat dieser Entwicklungslinien sind die Unternehmen mit einer Vielzahl von Fragestellungen konfrontiert. Wie gestaltet sich bspw. der Umgang mit der Erfordernis einer ständigen Veränderungsbereitschaft des Unternehmens? Wie wird mit den Forderungen der Mitarbeiter nach Innovation umgegangen? Welche Fortbildungen sind notwendig? Welcher Führungsstil ist unter diesen Bedingungen sinnvoll? Verstehen alle Beteiligten die Folgen der Digitalisierung?

Es ist von Bedeutung, dass sich das Unternehmen zusammen mit seinen Mitarbeitern als Gestalter der Digitalisierung versteht und diese dementsprechend gemeinsam realisiert wird. Einerseits wird es zur Grundvoraussetzung für die Arbeitnehmer, ein technologisches Grundwissen zu besitzen, andererseits sollten weitere Gestaltungselemente, wie bspw. die flexiblen Arbeitszeiten, reguliert und auch Grenzen hinsichtlich der stetigen Erreichbarkeit der Arbeitnehmer gesetzt werden.

Die Möglichkeit von und die Notwendigkeit nach flexiblen Arbeitszeiten und -bedingungen hat Auswirkungen auf die Betriebsorganisation sowie die Unternehmenskultur, was die Unternehmen im Hinblick auf ihre Betriebsorganisation und Unternehmenskultur vor Herausforderungen stellt. Ungewissheit besteht zu dieser neuen Arbeitsweise noch bei Fragen insbesondere zum Umgang mit Arbeitnehmerdatenschutz oder zum Ausmaß des persönlichen Kontaktes zu den Vorgesetzten. Grundsätzlich müssten Rahmenbedingung in den Unternehmen zur Begleitung der Mitarbeiter geschaffen werden.

Für den Transformationsprozess der Digitalisierung ist es entscheidend, dass die Unternehmensstrukturen flexibler gestalten werden und eine Fokussierung auf Projektarbeit entsteht. Darüber hinaus sollte die Führungskultur dahingehend angepasst werden, dass Führungskräfte mehr Vertrauen zu ihren Mitarbeitern entwickeln und diesen mehr Eigenständigkeit zugestehen. Verstärktes Vertrauen und Kooperationen auch über Unternehmensgrenzen hinweg sind Voraussetzungen, um Kundenbedürfnisse besser erfüllen zu können. Die Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge sind vor dem Hintergrund der sich verändernden Arbeitswelt im besonderen Maße für die Realisierung von arbeitgeber- und arbeitnehmerfreundlichen Rahmenbedingungen und für ein gemeinsames Gestalten der Digitalisierung sowie für die Datensicherheit gefordert.

Die Zukunft vernetzter Mobilität⁶

Die Herausforderungen der mobilen Zukunft ergeben sich einerseits aus den Problemen, die sich bereits heute zeigen (z.B. Unterfinanzierung des ÖPNV, Staus, Luftverschmutzung, Lärm), und andererseits aus der Notwendigkeit, Lösungen insbesondere für den öffentlichen Verkehr im Rahmen der Digitalisierung so zu gestalten, dass sie den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an einen attraktiven Nah-, aber natürlich auch Fernverkehr gerecht werden. In der alltäglichen Lebenswirklichkeit der Menschen sind die Bedingungen der Mobilität besonders unmittelbar spürbar. Im Schnitt verbringen Menschen in Deutschland jährlich etwa 38 Stunden im Stau, der Raum Köln nimmt dabei bundesweit regelmäßig eine fragwürdige Spitzenposition ein.

Neue, umweltfreundliche Antriebstechnologien sind daher nur ein Aspekt künftiger Mobilitätskonzepte. Neben dem Einsatz klimaschonender Technologien muss die Koordination der Verkehrsteilnehmer durch eine umfassende Vernetzung und ggfs. auch durch autonomes Fahren neu „gedacht“ werden.

Visionäre Mobilität

Immer größere Bedeutung kommt der Vernetzung verschiedener Verkehrsträger zu, die als intermodale Mobilität bezeichnet wird. Für viele Menschen ist es sinnvoll oder unumgänglich, auf dem Weg zu einem Ziel verschiedene Teilstrecken mit verschiedenen Verkehrsmitteln zurückzulegen. Oftmals ist dieses Ziel der Arbeitsplatz und angesichts der Tatsache, dass etwa 60 Prozent aller Erwerbstätigen zur Arbeit pendeln, ist es eine umso dringlichere Aufgabe, das Ineinandergreifen dieser Verkehrsmittel effizienter zu gestalten. Nicht nur die Verkehrsmittel sind vielfältig, sondern auch ihre Anbieter. Zwischen privaten und öffentlichen Anbietern des Nah- und Fernverkehrs lässt sich vor allem interregional schnell der Überblick verlieren.

Die individuelle Reiseplanung wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst, die sich von dem Wohnort, der jeweiligen Verkehrslage, den Wetterbedingungen, der Verfügbarkeit eines eigenen Fahrzeugs bis hin zu physischen Konditionen der Kunden erstrecken.

⁶ Dieses Kapitel gibt die Diskussion in Forum 4 „Daseinsvorsorge und Mobilität: Die Zukunft vernetzter Mobilität – Evolution oder Revolution?“ wieder. Moderation: Andrea Blome, Verkehrsdezernentin der Stadt Köln / Impulsvortrag: Dr. Rolf-Dieter Fischer, Leiter des DLR-Standortes Köln-Porz und Leiter DLR-Technologiemarketing / Praxisbeispiele: Peter Hofmann, Vorstandsmitglied KVB

Die Vernetzung der einzelnen Verkehrsteilnehmer hat zum Ziel, die genannten Faktoren besser adressieren zu können und Erleichterungen für den Alltag zu schaffen. Dafür sind digitale mobile Plattformen und Applikationen nötig, die einerseits große Datenmengen an komplexen Information verarbeiten und andererseits für die Menschen flexibel und einfach anwendbar sein sollen.

Die Mobilität soll in Zukunft grüner, smarter (automatisierter), systemischer (vernetzter) und bedarfsgerechter gestaltet werden. Die stetig steigende Einwohnerzahl vor allem in Metropolen und der Mobilitätsbedarf von zunehmend älter werdenden Menschen bedeuten einen Zuwachs an zusätzlichen Verkehrsteilnehmern, für die z.T. spezielle Infrastruktureinrichtungen vorgesehen werden müssen. Unter Berücksichtigung spezieller Bedürfnisse sollen am Ende bundesweite und sich zusammenfügende Reiseketten entstehen, wobei Auskunft, Buchung, Bezahlung, Navigation usw. über eine umfassende und für den Kunden dennoch einfach zu handhabende digitale Plattform erfolgen.

Für die KVB (Kölner Verkehrs-Betriebe AG) ist es eine große Herausforderung, das verkehrliche Wachstum in Köln zu managen, das zusätzlich dadurch verstärkt wird, dass junge Leute immer öfter auf das eigene Auto verzichten und stattdessen den öffentlichen Nahverkehr nutzen. Ab 2003 hat die KVB digitale Angebote wie Chipkarten-Tickets, SMS-Tickets oder QR-Codes an Haltestellen eingeführt, seit 2014 können Kundinnen und Kunden ihre zurückzulegenden Strecken mittels der „KVB mobil“-App planen und die nötigen Fahrscheine online buchen. Die nächsten Schritte sind dann die Aufnahme von Carsharing, um die intermodale Mobilität im urbanen Raum zu vervollständigen, die Einbindung dritter Anbieter und die interregionale Anbindung an andere Verkehrsnetze. Dazu setzt man zunächst auf eine Schnittstelle zwischen dem eigenen Angebot und den Plattformen weiterer Anbieter.

Neben Umwelt und Gesellschaft ist die Wirtschaft ein entscheidender Nutzer und im Idealfall Katalysator neuer Konzepte, wofür die Forschungsunion Wirtschaft-Wissenschaft den Begriff der Industrie 4.0 geprägt hat. Nach der Mechanisierung (1.0), der Elektrifizierung (2.0) und der Elektronisierung (3.0) folgt nun die Digitalisierung, bzw. genau genommen: die Vernetzung.

Die Wirtschaft ist nicht nur Anwenderin, sondern auch Anbieterin neuer Mobilitätskonzepte. Es gehört zum politischen Gestaltungsauftrag abzuwägen, in welcher Trägerschaft (privat, kommunal, öffentlich-private Partnerschaften) neue Technologien am besten bewirtschaftet werden können, um den Bedarfen der Menschen gerecht zu werden und in digitale Infrastrukturen zu investieren.

Die Vernetzung gestalten

Die Gestaltung der künftigen Mobilität erfordert in vielen Punkten proaktives Handeln der öffentlichen Hand, denn bereits heute befinden sich erhebliche Teile der Verkehrsnetze an der Kapazitätsgrenze. Die Instandhaltung älterer Infrastrukturen und die Schaffung neuer physischer Infrastrukturnetze sind eine zentrale Aufgabe in der nahen Zukunft. Doch neben der Verantwortung der Unternehmen der Daseinsvorsorge ist für den Ausbau physischer und digitaler Infrastrukturen auch die Unterstützung seitens der Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung erforderlich.

Im Rahmen benötigter digitaler Infrastrukturen erfolgt der Prozess schrittweise mit den Kundinnen und Kunden als den entscheidenden Steuerinstanzen. Ziele sind die Vereinheitlichung von regionalen Plattformen und eine optimale Angebotsaufbereitung. Die dafür nötige Koordination erweist sich als große Herausforderung. Zum einen besteht ein starker Wettbewerb um die beste technisch realisierbare und benutzerfreundlichste Plattform. Zum anderen sind die verschiedenen Nahverkehrsräume im Moment vor allem auf lokale Bedürfnisse zugeschnitten. Schließlich wird der Individualverkehr vorläufig weiterhin bestehen bleiben.

Besondere Bedeutung kommt der Sammlung von Verkehrsdaten zu, welche für die Vernetzung unabdingbar sind. Solche Daten werden etwa mittels Induktionsschleifen in den Straßen, durch optische Überwachung des Verkehrsflusses oder den Einsatz von Satelliten generiert. Mit der Fähigkeit, derart große Datenmengen (Big Data) individueller Verkehrsteilnehmer zu verarbeiten, geht auch die Verantwortung einher, einen angemessenen Datenschutz zu gewährleisten. Dies gilt vor allem angesichts der Tatsache, dass auch die Daten individueller Verkehrsteilnehmer in immer höherem Detailgrad erfasst werden können.

Die Digitalisierung der Mobilität ist ein Wettbewerb der Ideen. Ein Teil der Faszination, den die technologische Entwicklung ausübt, liegt darin begründet, dass ihre Richtung zwar unstrittig ist, der Verlauf sich aber nicht im Einzelnen voraussagen lässt. Die Zukunft der vernetzten Mobilität entfaltet sich in einer evolutionären Entwicklung und hat das Potential, nicht lediglich technologischer, sondern tatsächlicher sozialer Fortschritt zu sein.

Zusammenfassung Diskussionsergebnisse der Veranstaltung

Das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge vertritt die Interessen von Trägern der Daseinsvorsorge, die vornehmlich kommunal oder regional tätig sind. Die Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft hat bereits begonnen. Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge stehen vor großen Veränderungen. Neben all den Chancen, welche sich durch die Digitalisierung ergeben, ist es wichtig, Herausforderungen und negative Externalitäten konstruktiv zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Die Träger der Daseinsvorsorge müssen eine aktive Rolle in der Gestaltung der digitalen Transformation übernehmen, um zu einer nachhaltigen sozial-ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen. Beispielhafte Erkenntnisse aus der Veranstaltung, wie kommunale Unternehmen und Organisationen schon jetzt einen Beitrag leisten können, sind nachfolgend noch einmal stichwortartig festgehalten:

- Förderung eines generationsübergreifenden gemeinsamen Arbeitens, sowohl für Beschäftigung in der digitalen als auch in der realen Welt.
- Kooperationen über Organisations- und Unternehmensgrenzen hinweg, insbesondere mit Start Up Unternehmen, um Synergien freizusetzen und das Innovationspotenzial zu maximieren.
- Bündelung von Ressourcen und Informationen in benutzerfreundlichen Onlineplattformen.
- Umsetzung langfristiger Unternehmensstrategien mit Aktionsplänen und eine stärkere Fokussierung auf Projektarbeiten.
- Aufnahme eines Dialogs mit anderen Unternehmen, Organisationen, Entscheidungsträgern, Mitarbeitern und Kunden, um eine Standortbestimmung und Richtungsweisung zu erhalten.

Der Gesetzgeber und viele weitere Entscheidungsträger haben die Zeichen der Zeit erkannt. Es werden gesetzliche Vorkehrungen getroffen, um eine ausbalancierte nachhaltige digitale Transformation zu erreichen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Das Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge wendet sich daher an die Verantwortlichen auf Bundesebene, in der Europäischen Kommission sowie im Europäischen Parlament mit den folgenden Anliegen:

- Förderung einer interdisziplinären und generationsübergreifenden Ausrichtung der Wirtschaft und Gesellschaft, unter besonderer Berücksichtigung von Trägern und Betreibern der kommunalen Daseinsvorsorge.
- Abbau von Innovationshindernissen und Flexibilisierung von Verwaltungsstrukturen.
- Unterstützung neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Partnerschaften und Gestaltung von anpassungsfähigen Arbeitsbedingungen.
- Schaffung von Rechtssicherheit für das Eigentum von Daten, Nutzung des Konzeptes der Open Data und Verwendung von Daten in aggregiertem Zustand für das Vorantreiben der räumlichen und sozialen Entwicklung.
- Erleichterung der digitalen Partizipation und Ermutigung zur Teilnahme aller Gesellschaftsschichten in allen Lebensbereichen.

Weiterführende Literatur und Links

Open Government und Open Data

1. www.offenerhaushalt.de
2. <https://www.offenedaten-koeln.de>
3. www.fragdenstaat.de
4. www.Kleineanfragen.de
5. <http://luftdaten.info/feinstaubsensor-bauen/>

E-Partizipation und Bürgernutzen

1. Frankenberger, Rolf / Buhr, Daniel / Schmid, Josef (2015): Politische Lebenswelten. Eine qualitative Studie zu politischen Einstellungen und Beteiligungsorientierungen in ausgewählten Kommunen in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg-Stiftung (Hrsg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013 / 2014, Wiesbaden: Springer VS. S. 151-221.
2. Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft (2014): Online mitmachen und entscheiden. Partizipationsstudie 2014, Berlin.
3. Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (2016): DIVSI Internet-Milieus 2016. Die digitalisierte Gesellschaft in Bewegung, Hamburg
4. <https://jugendhackt.org/?s=germany+says+welcome>
5. <https://sags-uns.stadt-koeln.de>

Haben Sie Fragen zum Kölner Netzwerk der Daseinsvorsorge, dann wenden Sie sich bitte an:

Stadt Köln

Amt der Oberbürgermeisterin
Herr Frieder Wolf
Leiter des Büros für
Internationale Angelegenheiten
Rathaus (Spanischer Bau)
D-50667 Köln
Tel.: +49 221-221-26031
Fax: +49 221-221-21849
E-Mail: eurocologne@stadt-koeln.de

Stadtwerke Köln GmbH

Stabsstelle Daseinsvorsorge
Herr Rainer Pläßmann
Abteilungsleiter

Parkgürtel 26
D-50823 Köln
Tel.: +49 221-178-2800
Fax: +49 221-178-2287
E-Mail: r.plassmann@stadtwerkekoeln.de